

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Jochen Welt MdB zu den zunehmenden Äußerungen aus Kreisen der Koalition zur Wahlkampfbedeutung der "Inneren Sicherheit": Mehr Handlungs- als Wahlkampfthema.

Seite 1

Margot von Renesse MdB zur Diskussion um die Neugestaltung der Spreeinsel: Für eine Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses.

Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB zum Hickhack um das Konzept BahnTrans: Dem Bahngüterverkehr eine Zukunftschance eröffnen.

Seite 6

48. Jahrgang / 145

3. August 1993

Mehr Handlungs- als Wahlkampfthema

Zu den zunehmenden Äußerungen aus Kreisen der Koalition zur Wahlkampfbedeutung der "Inneren Sicherheit"

Von Jochen Welt MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Offensichtlich bemerken Politiker der Koalition inzwischen zunehmend die Ängste und Unsicherheit in der Bevölkerung vor Gewalt und Kriminalitätsentwicklung. Seit Jahren wird diese Tendenz verharmlost oder mit rhetorischen Sprüchen abgetan. Jetzt steht das Thema auf der Tagesordnung. Aber offensichtlich nur zu Wahlkampfzwecken. So äußert sich zumindest der neue Innenminister Kanther, assistiert von FDP-Fraktionschef Hermann-Otto Solms.

Ein liederlicher Vorgang; schon seit Jahren hätte die Regierung handeln können. Nichts wurde getan, alle Probleme wurden vertagt oder blieben unbeachtet.

Schutzmaßnahmen an den offenen Grenzen im Westen

Für die offenen Grenzen im Westen Europas gibt es keine Ausgleichsmaßnahmen. Weder die verstärkte Kontrolle an den Außengrenzen ist verwirklicht noch die Nachteile bei der Verbrechenverfolgung behoben. Während der Kriminelle ungestört von einem Land ins andere fahren kann, hört der Einfluß unserer Polizeibeamten an der Grenze auf. Das Informationssystem zwischen den Polizeibehörden funktioniert noch nicht. Ein Datenaustausch zur Ermittlung und Verfolgung von Straftaten ist nur unter schwierigsten Bedingungen möglich.

Europäische Polizeibehörde

Die international organisierte Kriminalität wird über den verschämten Versuch des Aufbaus einer "Europäischen Polizeibehörde" nur ein müdes Lächeln übrig haben. Seit Jahren wird darüber geredet, so gut wie nichts wurde getan. Es besteht lediglich ein Europäisches Informationsbüro mit dem Schwerpunkt Rauschgiftkriminalität. Über Jahre hinweg nur Illusionen und kein Handeln.

Von der Harmonisierung strafrechtlicher Vorschriften zum Beispiel, der Bewertung von Rauschgiftdelikten oder dem Waffenhandel wagt in Bonn noch niemand zu träumen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichtige Umgang
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



ohnehin schon kaum überschaubare Lage durch Gruppierungen noch undurchsichtiger und durch Zersplitterung der Kräfte zu einer noch größeren auch bei erfolgreichen westlichen Luftangriffen serbische Führungseinrichtungen explizit in die Luft könnte sich gerade bei der Durchsetzung einer der Verbände als nachteilig erweisen und würdevoll machen.

Schutz der Blauhelm-Truppen wäre kaum noch

Im Falle selektiver Luftangriffe wären der Schutz in Kroatien eingesetzten UN-Blauhelmtruppen Geiselnahme von Blauhelmsoldaten, verstärkter Beschuß von UN-Einrichtungen durch Verbände UN-Truppen wären mit großer Wahrscheinlichkeit könnte ihrer eigentlichen Aufgabe, den Schutz zu gewährleisten, zunächst nicht mehr nachkommen. Überlebende beschäftigt. Mindestens ein Teil der den Schutz bedrängter UNO-Einheiten reserviert entwickelt, nicht auszuschließen, daß einzelne Kanadier) wegen ihrer politischen Symbolwirkung könnten, daß sie nur unter Einsatz von Luftangriffen wären, sofern diese Verbände dann nicht völlig Einsatz von zusätzlichen Landstreitkräften möglich bei selektiven Luftangriffen weiterlaufen sollte zumindest auch den punktuellen Einsatz von UN-Bedrängnis geratenen UN-Einheiten helfen zu schnell zu einem größeren Einsatz von Bodentruppen.

Wird das aus politisch und militärischen Gründen Abzug der Blauhelmtruppen und die Aufgabe von Funktionen. Im Sommer und im Herbst wäre allerdings wie im Winter. Sicherlich gäbe es als Zwischenlösung zentrieren und so zu dislozieren, daß sie sich auch ein Teil ihrer Aufgaben noch aufrecht erhalten. UNPROFOR-Truppen oder von Teilen von ihnen durch Verbesserung der militärischen Lage oder durch

Ein grundsätzliches Dilemma selektiver Luftangriffe militärisch effektiv genug sein müßten, um den politischen des Waffenstillstandes bei den bosnischen Serben politisch wie militärisch nicht so stark wirksam sei seiner Truppen und zur horizontalen Eskalation einer reiche Angriffe der NATO auch die Albaner im Kosovo und in Jugoslawien die verbündeten bosnischen Serben Versorgung aus Serbien durch selektive Luftangriffe. Ziele in Serbien selbst unbedingt ausgeklammert in diesem Zusammenhang erklärt, daß Angriffe gegen ganz Serbien angesehen und zum Einsatz der Streitkräfte doch zweifelhaft, ob die serbische Regierung die Grenze gleich eine umfassende militärische Auseinandersetzung

Der Versuch, mit selektiven Luftangriffen den Druck gleich, die bei zu vorsichtigem oder zu festem Schrit in die unerwünschte Eskalation führt.

durch eine vermehrte Bildung kleinerer militärischer Einheiten, damit noch unalkoholischer werden. Das Problem der großen Zahl von marodierenden Banden könnte sich über Angriffe gegen serbische Verbände stellen, ohne daß die Luftangriffe schon einbezogen sein müßten. Das Ziel eines Waffenstillstands mit anschließender Entwaffnung würde einen erhöhten Einsatz von UN-Truppen notwendig

noch zu gewährleisten

Schutz und die Aufgaben der in Bosnien-Herzegowina und Serbien kaum noch sicher zu gewährleisten. Die Gefahr der direkten Angriffe von serbischen Heckenschützen, der Bedrohungen der bosnischen Serben und direkte Angriffe gegen die Zivilbevölkerung zu erwarten. Die Masse der Blauhelmeinheiten zum Schutz und die Versorgung der Zivilbevölkerung zu gewährleisten und wäre primär mit der Sicherung ihres eigenen Lebens und der Luftangriffskapazitäten müßte deshalb ständig für den Schutz bereit zu sein. Auch wäre, je nachdem wie sich die Lage in Bosnien entwickelt, die UN-Einheiten (besonders der Briten, Franzosen und Amerikaner) militärisch in eine derart prekäre Lage geraten könnten, die die Befreiung von Land- oder/und Hubschrauberverbänden zu befreien und die Versorgung der Zivilbevölkerung aufgegeben werden sollen. Das aber wäre nur unter bestimmten Umständen möglich. Solange die bisherigen Blauhelmissionen auch weiterhin bestehen, müßte die militärische und politische Führung der UN-Truppen Landstreitkräften mitbedenken und vorbereiten, um in Bosnien einwirken zu können. Damit würde aber ein Weg beschritten, der die UN-Truppen führen könnte.

Wenn die UN-Truppen nicht gewollt, bleibt eigentlich nur der vorherige Status quo. Die damit verknüpften Schutz- und Versorgungsfunktionen der UN-Truppen, die die Versorgungssituation nicht ganz so dramatisch machen, sondern noch die Möglichkeit, die UN-Truppen zu kontrollieren und gut verteidigen könnten. Vielleicht ließe sich dadurch die Versorgung der UN-Truppen erhalten. Aber auf Dauer könnte die Versorgung der UN-Truppen schwierig werden, wenn es nicht zu einer wesentlichen Verbesserung zu einem Waffenstillstand käme.

Die Angriffe bestünde vor allem aber darin, daß sie einerseits den politischen und militärischen Druck zur Durchsetzung der UN-Truppen zu erhöhen, auf der anderen Seite aber wiederum zu zeigen, daß sie Serbien insgesamt zum Einsatz der UN-Truppen etwa im Kosovo verleiten. Umgekehrt könnten erfolgreiche UN-Truppen im Kosovo zur Eskalation veranlassen. Solange Rest-Jugoslawien nicht zu offen militärisch unterstützen und die Verträge unterbunden würde, müßten deshalb militärische Maßnahmen hart bleiben. Der Außenminister Rest-Jugoslawiens hat sich gegen die Übergänge an der Drina als Angriffe gegen die UN-Truppen serbischen Streitkräfte führen würde. Es erscheint jetzt nur wegen der Zerstörung der Übergänge an ihrer Einseitigkeit mit der NATO riskieren würde.

Wenn der Druck zu erhöhen, käme daher einer Gratwanderung auf, die Schritt entweder militärisch zu wenig bringt oder aber

(/2. August 1993/rs/ks)

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 8 8 8 8 8 8
Telefax: (02 28) 9 8 8 8 8 8 8

Inhalt

Jochen Welt MdB zu den zunehmenden Äußerungen aus den Kreisen der Koalition zur Wahlkampfbedeutung der "Inneren Sicherheit": Mehr Handlungsfelder als Wahlkampfthema.

Seite 1

Margot von Renesse MdB zur Diskussion um die Neugestaltung der Spreeinsel: Für eine Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses.

Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB zum Hickhack um das Konzept BahnTrans: Dem Bahngüterverkehr eine Zukunftschance eröffnen.

Seite 6

48. Jahrgang

**Mehr H
Zu den z
Wahlkam**

**Von Joch
Mitglied c**

**Offensich
mend die
und Krimi
harmlos o
Thema au
kampfzwe
Kantner, a**

**Ein liederl
deln könn
blieben ur**

Schutzma

**Für die c
gleichsma
grenzen i
folgung be
ins andere
der Grenze
den funktio
Verfolgung
möglich.**

Europäisc

**Die interna
Versuch d
müdes Län
gut wie nic
Information
Jahre hinw**

**Von der F
der Bewert
in Bonn no**

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer PresseDienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Schutz der Außengrenzen

Die Einsatzstärken des Grenzschutzes in Ostdeutschland sowie deren Ausstattung sind schon kein Witz mehr sondern eher eine Zumutung für die Beamten und noch mehr für die betroffene Bevölkerung. Die notorische Unterbesetzung der Dienststellen, die Unmöglichkeit von effektiven Streifen an der sogenannten 'Grünen Grenze', die fehlenden Kommunikationseinrichtungen und technischen Geräte sowie menschenunwürdige Arbeitsbedingungen sind eine Einladung an Schlepper, Schieber und organisierte Kriminalität jeder Art.

Geldwäsche und Gewinnabschöpfung

Auch hier statt Effektivität nur Halbherzigkeit und Interessenpolitik. Statt den organisierten Kriminellen den Geldhahn abzdrehen, beläßt es diese Regierung mit Rücksicht auf ihr offensichtlich nahestehende Berufsgruppen bei einem Gesetz, das Schlupflöcher für Kriminelle bietet. Der vorliegende Entwurf zur Bekämpfung der Geldwäsche war ein Paradebeispiel zur Befriedigung von Lobby-Interessen.

Drogensubstitution

Seit Jahren ist die Wirksamkeit von Methadon als Substitutionsmittel wissenschaftlich nachgewiesen. Es steht fest, daß damit wirkungsvoll entkriminalisiert und vor allem die Beschaffungskriminalität erheblich verringert werden kann. Außer starken Sprüchen ist aber bei der Koalition keinerlei Bewegung erkennbar, diese Erkenntnisse zu akzeptieren und umzusetzen.

Die Kette von Versäumnissen dieser Regierung im Bereich der 'Inneren Sicherheit' läßt sich beliebig verlängern. Lediglich Rhetorik und die Reduzierung der Kriminalitätsbekämpfung auf den sogenannten 'Lauschangriff' bleiben letztlich über. Jetzt beabsichtigt Kanther diesem polizeilichen Mittel einen anderen, sakonfähigen Namen zu geben. Das ist aber wohl kaum entscheidend. Wichtig wird sein, ob diese Regierung in der Lage ist, ein Handlungskonzept zur Inneren Sicherheit vorzulegen. Ein Konzept, das den Namen mit Recht trägt und sich in die Praxis umsetzen läßt. Dazu mag auch der Lauschangriff gehören, wenn er unabwendbar und vor allem rechtsstaatlich vertretbar genehmigt wurde.

Der Regierung ist zu empfehlen nicht weiter zu lamentieren und von ihren Versäumnissen abzulenken. Gefordert ist konzeptionelles und entschlossenes Handeln.

(-/3. August 1993/rs/ks)

Für eine Rekonstruktion des Berliner Stadtschlusses Zur Diskussion um die Neugestaltung der Spreeinsel

Von Margot von Renesse MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Enquetekommission 'Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland'

Die Proportionen des Berliner Stadtschlusses sollten den Rahmen für die Neugestaltung der Spreeinsel-Mitte bilden. Eine (Teil-) Rekonstruktion des Schlusses ist anzustreben. - Diese Folgerungen drängen sich spätestens nun angesichts des 1:1-Modells der Schloß-Befürworter auf. Waren

entscheidende Argumente für diese Position auch vorher schon einleuchtend, sind sie jetzt sinnfällig und unübersehbar:

Erst mit dieser südlichen Begrenzung wird der Lustgarten wieder in seiner räumlichen Qualität erfahrbar: Zerlief die Freifläche vorher gesichtslos in der Asphaltwüste des Marx-Engels-Platzes, stehen sich jetzt Altes Museum und Schloßfassade in schöner Entsprechung gegenüber und definieren so den Lustgarten wieder als eigenständigen Raum.

Erst jetzt haben die "Linden" wieder einen Schlußpunkt, der sie zugleich abschließt und vermittelt: Wer jetzt vom Brandenburger Tor her über die Schloßbrücke kommt, sieht sich nicht mehr auf die völlig ungenügend eingefasste Aufmarschfläche zwischen Palast der Republik, Staatsrat und Außenministerium geworfen, sondern wird, vom Schloß "abgefangen", aufmerksam auf den Dreiklang von Lustgarten zur Linken, Schloßreihe zur Rechten und Fortsetzung des Straßenverlaufs geradeaus Richtung Alexanderplatz: die Perspektive wird somit aufgefächert, dabei auch die Orientierung von West nach Ost weitergelenkt.

Für ein Mindestmaß an gebauter Erinnerung

All dies wird - als dringende städtebauliche Notwendigkeit - deutlich selbst durch diesen, wenn man so will: Kullenszauber. Aber dies ist eben kein fauler Zauber, hier wird nur dem Vorstellungsvermögen des Betrachters auf die Sprünge geholfen. Was beeindruckt, sind nicht Stahlgerüst und Plane, sondern stadträumliche Wirkung und Funktion der historischen Architektur.

Gerade, um den Kontakt und die Kontinuität zwischen Unter den Linden und Spreeinsel wiederherzustellen, ist auch die (zumindest: Teil-) Rekonstruktion des Schloßbaus notwendig und sinnvoll. Wenn hier optisch die Brücke zu Zeughaus, Kronprinzenpalais usw. geschlagen werden soll, dann ist eine Rekonstruktion nur naheliegend.

Was Berlin-Mitte an dieser Ost-West-Achse an historischen Bauten aufzuweisen hat, beschränkt sich ja auf den Bereich des - bald hoffentlich ebenfalls rekonstruierten - Pariser Platzes, den Straßenzug Unter den Linden (so recht erst östlich der Friedrichstraße) und die Museumsinsel. Um diesem - für eine Stadt der Größe Berlins nicht gerade übermäßig weitläufigen - Ensemble wieder einen Dreh- und Angelpunkt zu geben, ist eine Schloßrekonstruktion nötig. (Wofür - unnötig zu betonen - auch der überragende architekturhistorische Wert des profan-barocken Schlüter-Baus spricht.)

Die Verwüstung verewigen?

Das hat nichts mit falscher Vergangenheitssehligkeit zu tun. Das historische Gesicht der deutschen Hauptstadt aus ihrer Zeit als preußische Kapitale erfahrbar zu machen und zu sichern, bedeutet keine Glorifizierung, sondern bewirkt - wo nötig: kritische - Erinnerung.

Dagegen spricht auch nicht, daß das Schloß durch Ulbricht fast restlos zerstört worden ist. (Was ja manchem seinerseits als bewahrenswerte geschichtliche Tatsache gelten mag.) Wenn man der Meinung ist, daß Ulbricht falsch entschieden hat, dann ist auch eine Reparatur und Wiederherstellung erlaubt. Das gilt gerade deshalb, weil Ulbricht, wie oben beschrieben, stadträumliche Strukturen mutwillig zerschlagen und eine nicht "funktionierende" neue Struktur dem Ort oktroyiert hat. Korrigierendes Eingreifen ist also ohnehin nötig, um die Mitte Berlins wieder stadtauglich zu machen.

Oder wollen wir die Spreeinsel tatsächlich im Zustand der städtebaulichen Verwüstung belassen? Um kommenden Generationen ein Mahnmal zu bieten? (An dieser Stelle wird es - endlich? - symbolisch; auf dieser Ebene wird ja besonders erfolgreich unterstellt, gewarnt und verabscheut. Aber bitte!) Wollen wir Deutschen im Herzen unserer Hauptstadt Selbstzerknirschung demonstrieren, Haß

lichkeit als Selbstdarstellung, Konservierung der Folgen SED-diktatorischen Größenwahns als dauerndes Schuldbekenntnis? Da wir Deutschen, als geschichtsnotorisch schlechtere Menschen, eine ansehnliche Hauptstadt einfach nicht verdient haben?

Geschichte des Ortes am Ort des Geschehens dokumentieren

Dem differenzierten Erinnern wäre gleichwohl Platz einzuräumen und auf die Sprünge zu helfen. Warum nicht in einem rekonstruierten Schloß (-Teil) ein Museum einrichten, das die Geschichte des Schlosses, überhaupt des (Cölln-) Berliner Stadtzentrums dokumentiert? Zur baulichen Entsprechung zum Zeughaus träte dann die funktionale als Stätte der Erinnerung und Dokumentation: eine glückliche doppelte Verbindung über die Schloßbrücke hinweg. Und wo könnte eine Ausstellung solchen Inhalts besser plaziert sein als eben hier, am Ort des darzustellenden Geschehens selbst? Das wäre ein Anziehungspunkt zwar ganz eigenen Charakters, aber sicher ähnlich attraktiv wie der (alte) Louvre in Paris oder der Tower in London.

Das ganze Berlin ist der Maßstab

Wer daraus ableitet, hier solle politisch restauriert, ein rückwärts gewandtes Signal gegeben werden, der betreibt Symbolik allerdings auf primitivster Ebene. Dies gilt umso mehr, als in Berlin am Potsdamer Platz, im Spreebogen, am Alex und unzähligen anderen Stellen überall moderne Architektur neu entsteht. So aufs Ganze gesehen, gewinnt die Bedenkenträgererei gegen die Rekonstruktion eines einzigen, wenn auch großen und wichtigen Bauwerks groteske Qualität.

Jede Wiederherstellung eine Fälschung?

Auch der Einwand, eine 'echte', voll authentische Rekonstruktion sei ohnehin nicht möglich, ist lediglich rigoristisch und lebensfremd. Wer mit diesem Einwand eine Schloß-Rekonstruktion ablehnt, müßte es auch für besser halten, hätte die DDR andere, ebenfalls ganz zerstört gewesene Gebäude wie etwa die Staatsoper nicht wieder aufgebaut. Wer so denkt, der wünscht Berlins Mitte ein Aussehen, wie es viele deutsche Großstädte nach dem II. Weltkrieg erlitten haben. (Natürlich bleibt es erlaubt, das Zentrum von Bielefeld oder Hannover höher zu schätzen als 'Unter den Linden'; jedem das Seine.)

(Nach der Logik der 100%-Echtheits-Anwälté wäre auch die kosmetisch-chirurgische Wiederherstellung eines Unfalltopfers nicht zulässig, denn so ganz wie früher wüßte ja doch nicht, und ehe man was verfälscht... Außerdem soll man ruhig an den Unfall erinnern, zur Mahnung für andere.)

Daß hinter einer rekonstruierten Schloßfassade eben nicht der Hohenzollernkönig selbst residieren würde, sondern in einem großteils modernen, zeitgemäßen Innenausbau neben einem möglichen Museumstell andere Funktionen Platz bekämen: Das müßte doch gerade - als Ironie der Geschichte - den Preußen-Skeptikern gefallen.

Es geht ja gerade nicht um eine Hommage an Potemkin (viel zu sehen, aber nichts dahinter), sondern um ein richtiges Gebäude, dessen Proportionen und Fassade aus guten Gründen am historischen Vorbild zu orientieren sind.

Anzunehmen: ein Kompromiß von Rekonstruktion und Moderne

Im übrigen brauchte nicht notwendig das gesamte Schloß originalgetreu wieder aufgebaut zu werden. (Unterstellt, der Palast der Republik solle partout bleiben, wäre ja sogar eine Kombination nicht gänzlich undankbar, wie sie das gegenwärtig zu sehende Ensemble andeutet.) Unverzichtbar wäre allerdings nördlich der Teil, der dem Alten Museum unmittelbar gegenüber liegt, ebenso der dem Kupfergraben zugewandte, also westlich gelegene Teil. Nach Süden hin, wo die völlig überdimensionale

nierte Breite Straße dringend begrenzt werden muß, und östlich zur Spree wäre auch eine moderne Architektur vorstellbar, die zwar die Proportionen des Schlosses wahrt, innerhalb dieses strengen Rahmens aber Raum für neue Interpretationen schafft. (Daß solche Kompositionen aus traditionellem Baubestand und modernen Ein- und Zubauten überzeugend entworfen werden können, dafür gibt es viele Beispiele; einmal mehr ist hier an den Pariser Louvre mit Peis wunderbarer Glaspypiramide im Innenhof zu erinnern.)

Ein Kompromiß wäre das, mit dem sowohl die uneingeschränkten Wiederaufbau-Freunde wie auch die Schloßgegner sich erst anfreunden müßten. Das hierzulande schnell erhobene Geschrei über den angeblich immer auch faulen Kompromiß wäre zu riskieren; tatsächlich ist der Kompromiß ja gerade kennzeichnend für eine funktionierende parlamentarische Demokratie; Spannungen (hier: zwischen unterschiedlichen Architekturen, zwischen Außenansicht und innerer Nutzung, zwischen Geschichte und Gegenwart) auszuhalten einem pluralistischen Gemeinwesen gerade angemessen.

Nicht an Utopia bauen, sondern am konkreten Berlin

Grund zu überstürzttem Handeln gibt es nicht, Grund zu kleingeistigem Abwarten allerdings ebenso wenig. Erst dann Berlins Mitte gestalten zu wollen, wenn Deutschland seine gegenwärtige Phase der inneren und äußeren Irritationen und Gefährdungen überstanden haben wird (wann?), ist zu kurz gedacht. Dann Deutschland wird (durchaus: hoffentlich) auch in Zukunft kein Land mit endlich ganz geklärt, ungefährdeter Identität, die dann in die entsprechende endgültige Architektur wörtlich zu übersetzen wäre. Nicht nur, weil die genannte Voraussetzung in einer Demokratie mehr als schwierig, wahrscheinlich gar nicht zu erreichen ist. Sondern auch, weil aus der Geschichte das doch wohl auch zu lernen ist, daß Stein gewordene Staatsdoktrin nie dem Menschen zugewandt, sondern ihm beherrschend übergeordnet ist.

Dem Geist unserer Demokratie entsprechend, sind Offenheit; zugleich Tradition und Veränderung; Funktionstüchtigkeit und Risikofreude die richtigen Maßstäbe auch für architektonische Fragen.

Vor allem aber hat sich Architektur in Ihrer konkreten Form als brauchbar und gut zu beweisen, nach ästhetisch-künstlerischen, handwerklichen und funktionalen Kriterien. Deshalb darf, wenn denn über die städtebaulichen Voraussetzungen für die Spreeinsel entschieden sein wird, mit besonderer Aufmerksamkeit das Ergebnis der dann wohl anstehenden Architektenwettbewerbe erwartet werden.

Weniger Symbolik, mehr Gelassenheit

Jetzt die Wiederkehr des Alten Fritz oder noch schlimmeres zu beschwören, nur weil die zerstörte bauliche Gliederung inmitten der Spreeinsel so wiederhergestellt werden soll, wie sie sich historisch im Stadtleben bewährt hat und wie sie jedenfalls über Jahrhunderte das wachsende Berlin von seinem Zentrum aus geprägt hat, beweist nur ideologische Scheuklappen: Man will Architektur verhindern, weil sie an einen Staat und eine Gesellschaft erinnert, wie sie heute niemand wieder haben möchte. Aber gerade deshalb kann sie ja doch, wie hoch-symbolisch man es auch nehmen mag, niemandem schaden. Wenn Deutschland oder auch nur Berlin durch Restauration gefährdet wird, weil eine Schloßfassade wieder zu sehen ist: Dann sollten wir wohl besser sofort alle auswandern.

(-/3. August 1993/rs/ks)

Dem Bahngüterverkehr eine Zukunftschance eröffnen
Zum Hickhack um das Konzept BahnTrans

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die lang anhaltende Diskussion um das Konzept BahnTrans ist ein schlimmes Beispiel für das fremdbestimmte Bahnunternehmen. Dieses klägliche "Hick-Hack" muß endlich durch eine pro BahnTrans-Entscheidung beendet und damit dem Bahngüterverkehr eine Zukunftschance eröffnet werden.

Mit der Umsetzung des Frachtzentrum-Systems verfügt BahnTrans über ein flächendeckendes, homogenes und in weiten Teilen industrialisiert arbeitendes Standortnetz.

Ein derartiges Netz von in Zuschnitt, Größe, technischer Ausstattung und Funktionalität gleichartiger Anlagen eröffnet BahnTrans auf dem Stück- und Partiegutmarkt die Chance, mit zusätzlicher Auslastung der Kapazitäten beträchtliche Produktionsverbesserungen zu erzielen.

Dieses auf hohe Transportmengen ausgelegte Standortnetz wird es ermöglichen, die Systemstärken von Schiene und Straße gezielt auszunutzen.

BahnTrans als schienengestütztes Teilladungssystem wird künftig auch aufgrund der Einführung von Fernstraßenbenutzungsgebühren und anderer umweltpolitischer Auflagen Kosten- und Systemvorteile haben.

Das Gewichtsvolumen des deutschen Teilladungsmarktes wird für 1992 auf rund 135 Millionen t geschätzt. Dies entspricht einem Umsatzvolumen von circa 36 Milliarden DM.

Der Markt hat in den letzten Jahren einen starken Wachstumsschub erlebt, auch bedingt durch die Vergrößerung des inländischen Marktes als Folge der Wiedervereinigung. In den nächsten Jahren wird das Marktwachstum des Teilladungsmarktes nach Expertenmeinung deutlich über dem der gesamten Volkswirtschaft liegen.

Mit der erwarteten positiven Marktentwicklung des Teilladungsverkehrs wird die Nachfrage nach effizienten Teilladungstransportsystemen steigen, die sich durch hohe Zuverlässigkeit, flächendeckende Präsenz, kurze Transportzeiten und leistungsgerechte Preise auszeichnen.

Neben diesen ökonomischen Anforderungen muß ein zukunftsgerecht arbeitendes Transportsystem sich zunehmend den ökologischen Anforderungen der Gesellschaft stellen. Dies führt auch zu veränderten ordnungspolitischen Weichenstellungen des Gesetzgebers. Ein schienenorientiertes Teilladungstransportsystem, das effizient arbeitet, wird in Zukunft am ehesten daraus Vorteile realisieren und Transportnachfrage auf sich ziehen können.

Die gesunde Zukunft der Deutschen Bahnen ist nicht nur abhängig vom Setzen der richtigen politischen Rahmenbedingungen, sondern auch von erfolgsorientierten Weichenstellungen im Unternehmen. Deshalb wird es höchste Zeit, daß das BahnTrans-Standortnetz realisiert werden kann.

(-/3. August 1993/rs/ks)
